

Zusammenfassung: WvD-Umfrage zur Situation der Hilfsmittelbranche 2022

Angespannte wirtschaftliche Situation der Hilfsmittelleistungserbringer

Die Umfrageergebnisse zeichnen ein angespanntes Bild der Hilfsmittelleistungserbringer. So gaben ca. 60 Prozent der befragten Unternehmen an, dass die aktuelle wirtschaftliche Lage ihres Unternehmens schlecht oder eher schlecht sei. Nur 36 Prozent beurteilen ihre aktuelle Lage als gut oder sehr gut. Eine große Herausforderung stellen dabei die aktuellen externen Preissteigerungen dar. Hier gaben knapp 80 Prozent der Unternehmen an, hiervon stark oder sehr stark betroffen zu sein. Spitzenreiter bei den Kostentreibern sind dabei Treibstoff-, Energie-, Fracht- und Logistik- sowie Bürokratiekosten. Hier gaben jeweils ca. 70 Prozent der Unternehmen an, stark oder sehr stark betroffen zu sein, im Falle der Treibstoffkosten sogar fast 80 Prozent. Zudem belasten die Steigerungen bei den Brutto-Lohnkosten über 60 Prozent der Unternehmen stark oder sehr stark. Die Mehrheit der Unternehmen blickt vor diesem Hintergrund vornehmlich pessimistisch (ca. 38 Prozent) oder neutral (43 Prozent) in die Zukunft, nur knapp 19 Prozent sind optimistisch.

Wenig Entlastung der Branche in der Krise und drohende Versorgungseinschränkungen

Die Mehrheit der Unternehmen gibt an, bisher wenig oder gar nicht von Entlastungsmaßnahmen für die starken Preissteigerungen zu profitieren. So gab die Hälfte der Betriebe an, keinerlei Kostenerstattung für die externen Preissteigerungen wie steigende Energie- oder Lieferkosten durch die Krankenkassen zu erhalten. Die andere Hälfte berichtet von einer teilweisen Kostenerstattung. Bei den pandemiebedingten Hygienekosten gaben zwei Drittel an, keinerlei Kostenerstattung für die Mehrkosten durch die Kassen zu erhalten, etwa ein Drittel erhält eine teilweise Kostenerstattung. Von den Entlastungspaketen I und II der Bundesregierung konnte die Mehrheit der Branche bisher gar nicht (ca. 70 Prozent) bzw. nur in geringerem Umfang partizipieren. Die Erwartungshaltung gegenüber den neuen Entlastungsprogrammen insbesondere den Preisbremsen für Strom-, Gas- und Wärme ist insgesamt gering. Knapp drei Viertel (ca. 74 Prozent) der Unternehmen gehen davon aus, von diesen Programmen gar nicht oder nur gering zu profitieren. Von einer starken oder sehr starken Entlastung gehen gerade zwei Prozent der Betriebe aus. Vor diesem Hintergrund befürchten zudem zwei Drittel (66,5 Prozent) starke oder sehr starke Einschränkungen in der Hilfsmittelversorgung, etwa durch Lieferengpässe oder längere Wartezeiten.

Hohe Belastungen durch Bürokratie

Als eine hohe Belastung wird durchgehend das Thema Bürokratie in der Hilfsmittelversorgung gesehen. Über 97 Prozent der antwortenden Betriebe sehen den derzeitigen Umfang der Bürokratie- und Dokumentationspflichten als zu hoch an und halten eine Reduzierung für notwendig. Fast zwei Drittel (ca. 65 Prozent) gaben an, mehr als 30 Prozent ihrer Zeit im Unternehmen durchschnittlich für Bürokratiepflichten aufzuwenden. Knapp 28 Prozent wenden hierfür 20 bis 30 Prozent ihrer Zeit auf. Die wichtigsten Bürokratietreiber sind dabei aus Sicht der Unternehmen die Vielfalt der unterschiedlichen Verträge mit den Krankenkassen im Hilfsmittelbereich (93,5 Prozent), die Dokumentationspflichten gegenüber den Kostenträgern (89,2

Prozent) sowie die MDR (77,6 Prozent). Mehrfachangaben waren hierbei möglich. Bezüglich eines Abbaus der Bürokratie waren die befragten Betriebe ausgesprochen pessimistisch. Fast 90 Prozent gehen davon aus, dass die Bürokratiepflichten in Zukunft noch weiter zunehmen werden.

Herausforderung Fachkräftemangel

Auch der Fachkräftemangel bleibt eine Herausforderung für die Hilfsmittelleistungserbringer. Die Hälfte der Unternehmen gab an, stark oder sehr stark vom Fachkräftemangel betroffen zu sein. Besonders stark spüren diese Betriebe den Fachkräftemangel dabei im Bereich Versorgung (Sanitätshausfachangestellte, Gesellinnen und Gesellen, Meisterinnen und Meister). Über 92 Prozent gaben an, dass hier am meisten Fachkräfte fehlen. Nur etwa 16 Prozent der Unternehmen sehe sich gar nicht oder nur wenig vom Fachkräftemangel betroffen. Als branchenspezifische Ursachen für den Mangel an Fachkräften sehen die Betriebe insbesondere das niedrigere Gehaltsniveau im Vergleich zu anderen Branchen (72,5 Prozent), dass die Berufsbildung und Möglichkeiten in der Branche zu wenig bekannt seien (64,2 Prozent) sowie, dass das Berufsfeld Handwerk und Sanitätshaus als unattraktiv empfunden wird (62 Prozent).

Methodik

„Wir versorgen Deutschland“ stellte die Online-Umfrage seinen Mitgliedsverbänden zur Verfügung, die diese mittels Internet-Link ihren Mitgliedsbetrieben zur Verfügung stellten. Die Umfrage fand in der zweiten Novemberhälfte 2022 statt. Insgesamt haben 397 Unternehmen die Umfrage vollständig beantwortet. Mehrfachteilnahmen können dabei nicht ausgeschlossen werden. Teilgenommen haben dabei Betriebe aus allen 16 Bundesländern. Die Mehrheit kam dabei aus Bayern (20,15 Prozent), Nordrhein-Westfalen (16,37 Prozent), Baden-Württemberg (15,11 Prozent) und Niedersachsen (11,08 Prozent). Die Prozentangaben in den Grafiken sind gerundete Angaben.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Kirsten Abel

Generalsekretärin

Mobil: +49 (0)171 5 60 81 25

E-Mail: abel@wirversorgendeutschland.de

Patrick Grunau

Generalsekretär

Mobil: +49 (0)160 8 85 40 27

E-Mail: grunau@wirversorgendeutschland.de

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH und die Sanitätshaus Aktuell AG.

Berliner Büro

Lützowstraße 102-104

10785 Berlin

Tel. +49 (0)30 33 93 35 63

E-Mail: info@wirversorgendeutschland.de

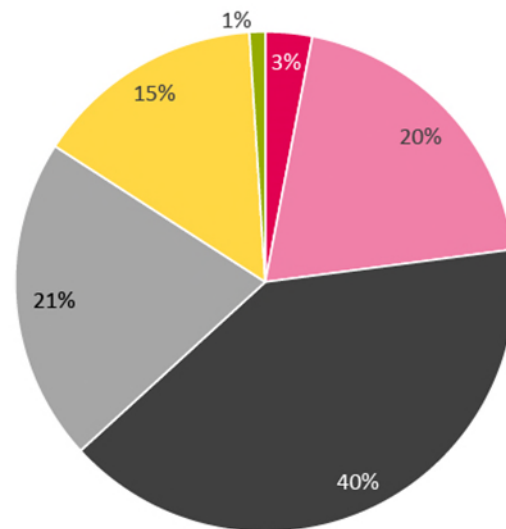
Internet: www.wirversorgendeutschland.de

BT-Lobbyregister-Nr.: R004824

Grafiken

UMFRAGE

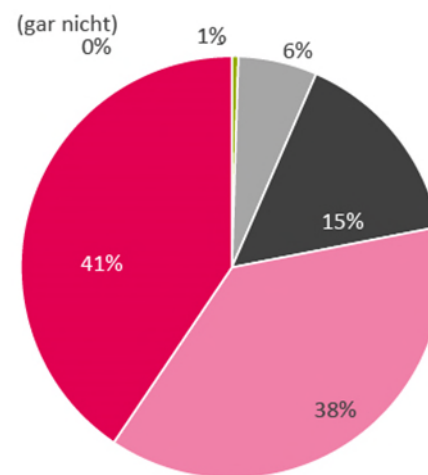
Wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage
Ihres Unternehmens?



■ 1 (sehr schlecht) ■ 2 (schlecht) ■ 3 (eher schlecht) ■ 4 (eher gut) ■ 5 (gut) ■ 6 (sehr gut)

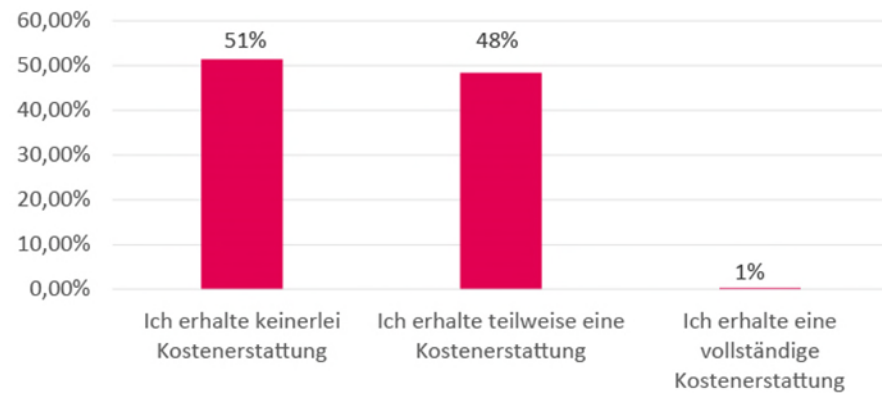
*Wir versorgen
Deutschland.*

Wie stark ist Ihr Unternehmen derzeit von externen
Preissteigerungen betroffen?

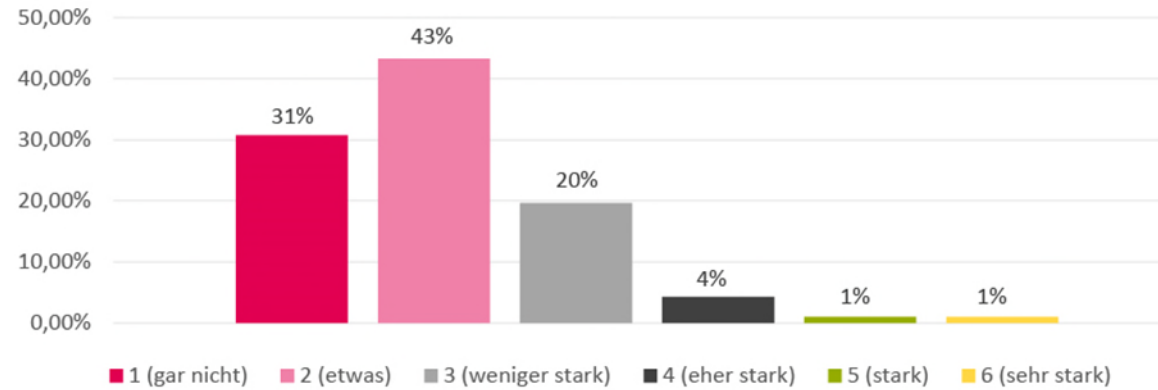


■ 1 (gar nicht) ■ 2 (etwas) ■ 3 (weniger stark) ■ 4 (eher stark) ■ 5 (stark) ■ 6 (sehr stark)

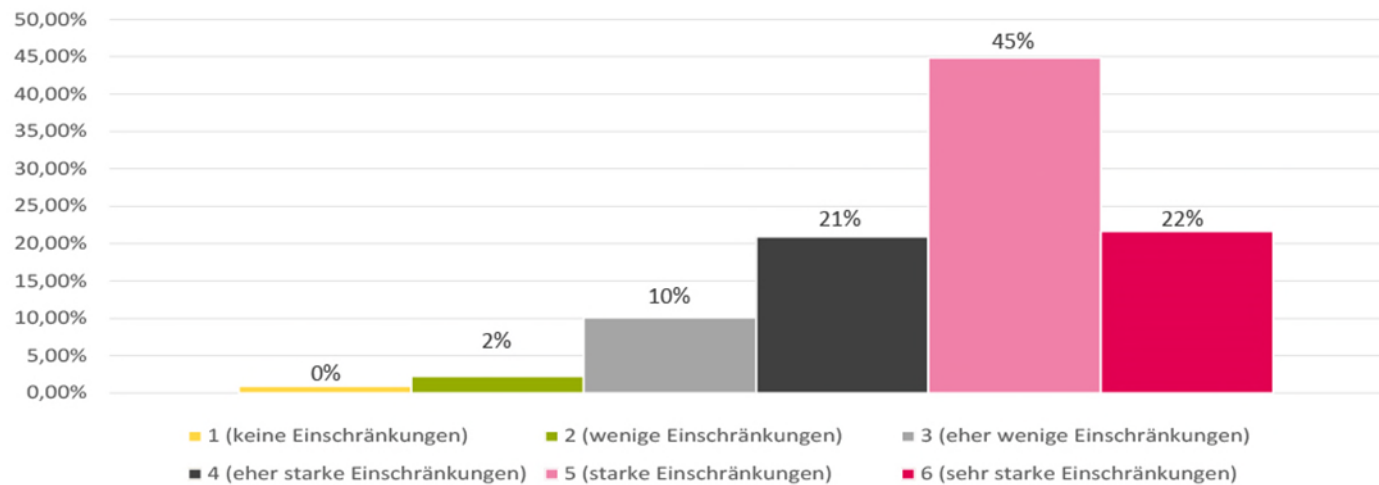
Erhalten Sie für die aktuellen externen
Kostensteigerungen (z.B. Liefer-, Logistik- und
Energiekosten) eine Kostenerstattung seitens
der Krankenkassen?



Erwarten Sie durch die geplanten weiteren Hilfsprogramme der Bundesregierung (insb. Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse) spürbare Entlastungen für Ihr Unternehmen?



Befürchten Sie in Folge der aktuellen wirtschaftlichen Lage
Einschränkungen in der Hilfsmittelversorgung (z.B. verlängerte
Wartezeiten, Lieferengpässe etc.)?



Bitte schätzen Sie ein, wie viel Zeit müssen Sie derzeit prozentual in Ihrem Unternehmen durchschnittlich für Bürokratiepflichten aufwenden?

